

# **YouTube löschte stillschweigend mehr als 700 Videos, die Menschenrechtsverletzungen durch Israel dokumentierten**

**Der Tech-Gigant löschte die Konten von drei prominenten palästinensischen Menschenrechtsgruppen – eine Kapitulation vor Trumps Sanktionen**

Nikita Mazurov, Jonah Valdez, theintercept.com, 04.11.25

Eine Dokumentation über Mütter, die den Völkermord Israels in Gaza überlebt haben. Eine Video-Recherche, die Israels Rolle bei der Ermordung einer palästinensisch-amerikanischen Journalistin aufdeckt. Ein weiteres Video, das die Zerstörung palästinensischer Häuser durch Israel im besetzten Teil der Westbank zeigt.

**YouTube, das zu Google gehört, bestätigte gegenüber *The Intercept*, dass die Konten der Menschenrechtsgruppen nach einer Überprüfung als direkte Folge der Sanktionen des US-Außenministeriums gelöscht wurden.**

YouTube löschte Anfang Oktober heimlich alle diese Videos, indem es die Konten, die sie gepostet hatten, zusammen mit den Archiven ihrer Kanäle von seiner Website entfernte. Die Konten gehörten drei prominenten palästinensischen Menschenrechtsgruppen: *Al-Haq*, *Al Mezan Center for Human Rights* und dem *Palestinian Centre for Human Rights*.

Dieser Schritt war eine Reaktion auf eine Kampagne der US-Regierung mit dem Ziel, Israels Verantwortlichkeit für mutmaßliche Kriegsverbrechen an Palästinenser:innen im Gazastreifen und in der Westbank zu vertuschen.

Die YouTube-Kanäle der palästinensischen Gruppen zeigten Stunden an Filmmaterial, das mutmaßliche Verstöße der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht sowohl im Gazastreifen als auch in der Westbank dokumentierte und verdeutlichte, darunter die Tötung palästinensischer Zivilist:innen.

„Ich bin ziemlich schockiert, dass YouTube so wenig Rückgrat zeigt“, sagte Sarah Leah Whitson, Geschäftsführerin von *Democracy for the Arab World Now*. „Man kann sich nur schwer ernsthafte Argumente dafür vorstellen, die Weitergabe von Informationen dieser palästinensischen Menschenrechtsorganisationen verstöße in irgendeiner Weise gegen Sanktionen. Dass man sich der willkürlichen Einstufung dieser palästinensischen Organisationen beugt und sie nunzensiert, ist enttäuschend und ziemlich überraschend.“

Nach Haftbefehlen und Anklagen des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen Kriegsverbrechen in Gaza verstärkte die Trump-Regierung ihre Verteidigung der israelischen Maßnahmen, indem sie ICC-Mitarbeiter:innen sanktionierte und Personen und Organisationen ins Visier nahm, die mit dem Gerichtshof zusammenarbeiten.

„Es ist empörend, dass YouTube die Agenda der Trump-Regierung unterstützt, um Beweise für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der Öffentlichkeit zu entziehen“, sagte Katherine Gallagher, leitende Anwältin beim Center for Constitutional Rights. „Der Kongress hatte nicht vor, dem Präsidenten zu gestatten, den Informationsfluss an die amerikanische Öffentlichkeit und die Welt zu unterbinden – diese Informationen, einschließlich Dokumente und Videos, sind hingegen ausdrücklich von dem Gesetz ausgenommen, auf das sich der Präsident für die Verhängung der ICC-Sanktionen berufen hat.“

### **„Alarmierender Rückschlag“**

YouTube, das zu Google gehört, bestätigte gegenüber *The Intercept*, dass die Konten der Gruppen nach einer Überprüfung als direkte Folge der Sanktionen des Außenministeriums gelöscht wurden. Die Trump-Regierung verhängte im September Sanktionen gegen die Organisationen wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Fällen, in denen israelische Offizielle wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurden.

„Google verpflichtet sich zur Einhaltung geltender Sanktionen und Handelsgesetze“, erklärte YouTube-Sprecher Boot Bullwinkle in einer Stellungnahme.

Gemäß den Richtlinien für Publisher zur Einhaltung von Sanktionen von Google sind „Google-Publisher-Produkte nicht für Unternehmen oder Personen verfügbar, die unter geltende Handels-sanktionen und Exportkontrollgesetze fallen“.

*Al Mezan*, eine Menschenrechtsorganisation in Gaza, teilte *The Intercept* mit, dass ihr YouTube-Kanal am 7. Oktober dieses Jahres ohne vorherige Ankündigung abrupt geschlossen wurde. „Die Schließung des Kanals hindert uns daran, diejenigen zu erreichen, denen wir unsere Botschaft vermitteln möchten, um unsere Mission zu erfüllen“, erklärte ein Sprecher der Gruppe, „und verhindert, dass wir unsere Ziele erreichen. Außerdem beschränkt sie unsere Möglichkeiten, das Publikum zu erreichen, dem wir unsere Botschaft vermitteln möchten.“

Der Kanal der in der Westbank ansässigen Organisation *Al-Haq* wurde am 3. Oktober gelöscht, wie ein Sprecher der Gruppe mitteilte. YouTube begründete dies mit der Meldung, dass dessen „Inhalte gegen unsere Richtlinien verstößen“. „Die ohne vorherige Warnung erfolgte Löschung der Plattform einer Menschenrechtsorganisation durch YouTube stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen Grundsätze und einen alarmierenden Rückschlag für die Menschenrechte und die Meinungs-

freiheit dar“, erklärte der Sprecher von *Al-Haq* in einer Stellungnahme. „Die US-Sanktionen werden dazu genutzt, die Rechenschaftspflicht in Bezug auf Palästina zu untergraben und palästinensische Stimmen und Opfer zum Schweigen zu bringen. Dies hat einen Dominoeffekt auf andere Plattformen, die ebenfalls unter solchen Maßnahmen stehen und so werden die Stimmen der Palästinenser weiter zum Schweigen gebracht.“

Das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte, von der UNO als älteste Menschenrechtsorganisation im Gazastreifen bezeichnet, erklärte in einer Stellungnahme, dass die Maßnahme von YouTube „die Täter vor der Rechenschaftspflicht schützt“.

„Die Entscheidung von YouTube, das Konto von *PCHR* zu schließen, ist im Grunde genommen eine von vielen Konsequenzen, mit denen wir als Organisation seit der Entscheidung der US-Regierung, unsere Organisationen wegen unserer legitimen Arbeit zu sanktionieren, konfrontiert sind“, sagte Basel al-Sourani, internationaler Advocacy-Beauftragter und Rechtsberater der Gruppe. „YouTube behauptete, wir hätten gegen ihre Community-Richtlinien verstoßen, obwohl unsere gesamte Arbeit im Wesentlichen darin bestand, sachliche und evidenzbasierte Berichterstattung über die Verbrechen gegen das palästinensische Volk zu liefern, insbesondere seit Beginn des anhaltenden Völkermords am 7. Oktober.“ „Damit macht sich YouTube mitschuldig daran, die Stimmen der palästinensischen Opfer zum Schweigen zu bringen“, fügte al-Sourani hinzu.

### **Blick über die Grenzen der USA hinaus**

Die Löschung der Konten der drei Menschenrechtsgruppen führte laut einer Zählung von *The Intercept* insgesamt zur Löschung von mehr als 700 Videos. Die gelöschten Videos reichen von Ermittlungen, wie beispielsweise einer Analyse der Ermordung der amerikanischen Journalistin Shireen Abu Akleh durch Israel, über Zeugenaussagen von Palästinenser:innen, die von israelischen Streitkräften gefoltert wurden, bis hin zu Dokumentarfilmen wie „The Beach“ über Kinder, die am Strand spielten und durch einen israelischen Angriff getötet wurden.

Einige Videos sind weiterhin über Kopien verfügbar, gespeichert in der *Wayback Machine* des Internetarchivs oder auf alternativen Plattformen wie *Facebook* und *Vimeo*. Die Löschung betraf nur die offiziellen Kanäle der Gruppen; Videos, die von den gemeinnützigen Organisationen produziert, aber auf alternativen YouTube-Kanälen gehostet wurden, bleiben weiterhin aktiv. Es gibt jedoch keinen kumulativen Index der von YouTube gelöschten Videos, und viele scheinen auch anderswo im Internet nicht verfügbar zu sein.

Die Gruppen befürchten, dass Videos, die an anderer Stelle im Internet veröffentlicht wurden, bald gelöscht werden könnten, da viele der Plattformen, auf denen sie gehostet werden, ebenfalls in den USA ansässig sind. Der IStGH selbst hat mit der Suche nach Dienstleistern außerhalb der USA begonnen. *Al-Haq* erklärte, dass man auch nach Alternativen außerhalb von US-Unternehmen suchen werde, um seine Arbeit zu veröffentlichen.

YouTube ist nicht das einzige US-amerikanische Technologieunternehmen, das palästinensischen Menschenrechtsorganisationen die Nutzung seiner Dienste untersagt. Der Sprecher von *Al-Haq* erklärte, dass auch der Mailinglisten-Dienst *Mailchimp* im September das Konto der Organisation gelöscht habe. (*Mailchimp* und seine Muttergesellschaft *Intuit* reagierten nicht sofort auf die Anfrage nach einer Stellungnahme.)

### **Trumps Forderung nachgeben**

Sowohl die US-amerikanische als auch die israelische Regierung haben sich lange Zeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof IStGH und der Rechenschaftspflicht für ihre mutmaßlichen Kriegsverbrechen gedrückt. Keines der beiden Länder ist Vertragspartei des Römischen Statuts, des internationalen Vertrags, mit dem der Gerichtshof gegründet wurde.

Im November 2024 erließen die Staatsanwälte des IStGH Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant und beschuldigten die Politiker, Zivilisten absichtlich dem Hungertod preisgegeben zu haben, indem sie Hilfslieferungen nach Gaza blockierten. Sowohl die Biden- als auch die Trump-Regierung erkannten die Rechtmäßigkeit der Haftbefehle nicht an.

Seit seiner Wiederwahl hat Trump eine aggressivere Haltung gegenüber der Rechenschaftspflicht Israels eingenommen. Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit erneuerte Trump die Sanktionen gegen den IStGH und verhängte neue, strengere Maßnahmen gegen Gerichtsbeamte und alle, die beschuldigt werden, deren Bemühungen zu unterstützen. Im September sanktionierte er in einer neuen Verordnung ausdrücklich die drei palästinensischen Gruppen.

Die Maßnahmen der USA folgten auf Israels eigene Einstufung von *Al-Haq* als „terroristische Organisation“ im Jahr 2021 und eine Online-Verleumdungskampagne pro-israelischer Aktivisten, die versuchten, das *Palästinensische Zentrum für Menschenrechte* mit militanten Gruppen in Verbindung zu bringen.

Die Sanktionen frieren die Vermögenswerte der Organisationen in den USA ein und verbieten den sanktionierten Personen die Einreise in das Land. Bundesrichter haben bereits in zwei Fällen einstweilige Verfügungen zugunsten von Klägern erlassen, die argumentierten, die Sanktionen verletzten ihre Rechte aus dem Ersten Verfassungszusatz.

„Die Trump-Regierung konzentriert sich darauf, zur Zensur von Informationen über israelische Gräueltaten in Palästina beizutragen, und die Sanktionen gegen diese Organisationen sind ganz bewusst so gestaltet, dass eine Verbindung zu diesen Organisationen für Amerikaner, die sich um Gesetze zur materiellen Unterstützung sorgen, beängstigend ist“, sagte Whitson von *DAWN*, die sich im September einer Koalition von Gruppen angeschlossen hat, um von der Trump-Regierung die Aufhebung ihrer Sanktionen zu fordern.

Wie viele andere Technologieunternehmen war auch YouTube bereit, den Forderungen sowohl der Trump-Regierung als auch Israels nachzukommen. YouTube koordinierte sich mit einer von israelischen Tech-Arbeitern organisierten Kampagne, um Social-Media-Inhalte zu entfernen, die als kritisch gegenüber Israel angesehen wurden. In den USA hat Google, die Muttergesellschaft von YouTube, heimlich persönliche Gmail-Kontodaten an die US-Einwanderungs- und Zollbehörde weitergegeben, um einen pro-palästinensischen Studentenaktivisten festzunehmen.

Schon vor Israels Völkermordkampagne im Gazastreifen wurde YouTube vorgeworfen, seine Community-Richtlinien ungleich anzuwenden, um palästinensische Stimmen zu zensieren, während pro-israelische Inhalte einer solchen Überprüfung nicht unterzogen wurden. Laut einem Bericht von Wired setzte sich dieser Trend auch während des Krieges fort.

Anfang dieses Jahres schloss YouTube den offiziellen Account der *Addameer Prisoner Support and Human Rights Association*. Dieser Schritt erfolgte auf Druck der Organisation UK Lawyers for Israel, die YouTube in einem Schreiben darauf hingewiesen hatte, dass die Organisation vom US-Außenministerium sanktioniert worden war.

Whitson warnte, die Kapitulation von YouTube könnte einen Präzedenzfall schaffen und andere Technologieunternehmen dazu veranlassen, sich der Zensur zu beugen. „Im Grunde genommen lassen sie zu, dass die Trump-Regierung vorschreibt, welche Informationen sie der Weltöffentlichkeit zugänglich machen“, sagte sie. „Das wird nicht bei Palästina bleiben.“

*Nikita Mazurov ist Sicherheitsforscher, der sich auf Datenschutzfragen im Zusammenhang mit Quellschutz, Counter-Forensik und Datenschutzsicherung konzentriert.*

*Jonah Valdez ist Reporter für The Intercept und berichtet über Politik, US-Außenpolitik, Israel und Palästina, Menschenrechtsfragen und Protestbewegungen für soziale Gerechtigkeit. Zuvor war er als Redakteur bei der Los Angeles Times, wo er als Gründungsmitglied des L.A. Times Fellowship zur Zeitung kam. Für die Times berichtete Valdez über Themen wie Umweltgerechtigkeit, Gentrifizierung, Verkehr, Arbeit, Popkultur und die Hollywood-Industrie. Valdez begann seine Karriere als Lokaljournalist für die Southern California News Group. Seine Artikel erscheinen auch in The Guardian, Voice of San Diego und der San Diego-Union Tribune. Er wuchs in San Diego auf und lebt heute in Los Angeles, wo er auch Gedichte schreibt und an seinem ersten Gedichtband arbeitet.*

Quelle: [https://theintercept.com/2025/11/04/youtube-google-israel-palestine-human-rights-censorship/?utm\\_medium=email&utm\\_source=The%20Intercept%20Newsletter](https://theintercept.com/2025/11/04/youtube-google-israel-palestine-human-rights-censorship/?utm_medium=email&utm_source=The%20Intercept%20Newsletter)

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaesstinakomitee-stuttgart.de